

Presseinformation des Grünflächenbündnisses 15.5.12

Der Großraum München zerstört sich durch forcierte Gewerbeansiedlung

Wir wehren uns gegen die Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen im Großraum München zu Lasten von Grünflächen

Der Siedlungsraum Münchens stößt an seine Grenzen und erlaubt daher keine weitere Überbauung von Freiflächen für tatsächlich nicht benötigte Gewerbeflächen. Dies vor allem deshalb, da es genügend Gewerbe-Brachflächen gibt und die noch vorhandenen Freiflächen vorrangig für dringend benötigte Grünflächen sowie für Wohnungsbau freizuhalten sind. Anstatt alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Umzug von Gewerbe nach München zu bremsen, heizt die Stadt weiterhin die Nachfrage nach Gewerbe- und im Nachgang Wohnflächen an, indem sie auf vielfältige Weise Unternehmen nach München lockt. Die Folge sind nicht nur höhere Mieten, sondern unnötige Flächenversiegelung, weniger Grünflächen und letztlich auch immer höhere Gebäude.

Das Münchner Referat für Arbeit und Wirtschaft bemüht sich seit vielen Jahren mit aller Kraft, Unternehmen nach München zu ziehen.

Mehrere Sachgebiete im Referat für Arbeit und Wirtschaft werben um gewerbliche Ansiedlungen,

- indem sie München als Wirtschaftsstandort weltweit anpreisen z.B. im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft in der Europäischen Metropolregion München e.V. (EMM)
- indem sie Projekte und Maßnahmen des Standortmarketing und der Öffentlichkeitsarbeit fördern und auf internationalen Messen wie MIPIM und EXPOREAL Unternehmen für den Standort München begeistern
- indem sie zusammen mit dem Stadtplanungsreferat die Ausweisung neuer Gewerbeflächen betreiben und Unternehmen bei der Neuansiedlungen unterstützen.

Die Krokodilstränen großer Teile der Stadtpolitik über steigende Mieten bei gleichzeitigem Forcieren des eigentlich unfreiwilligen (weil arbeitsplatzbedingten) Zuzugs nach München durch die gewollte Ansiedlung von immer mehr Gewerbe sind für uns nicht nachvollziehbar.

Ansprechpartner für Rückfragen / Interviews: Dr. Hans Joachim Schemel,
SchemelHJ@aol.com, Tel. 089 /8632971 oder die Ansprechpartner bei den einzelnen Bündnisorganisationen (<http://www.gruenflaechenaufwurf-muenchen.de/Kontakt/index.html>)



Erläuterung zum Kurztex t der Presseerklärung

Der von der Stadt München kürzlich veranstaltete Zukunftskongress hat sich allein darüber Gedanken gemacht, wie verdichtet werden kann. Der Zwang zur Verdichtung wird wie ein Naturgesetz hingenommen. Das Problem des ungebremsten und sogar geförderten Zuzugs von Gewerbe und damit auch der ArbeitnehmerInnen nach München wurde nicht angesprochen. Es wurde und wird kein Gedanke darauf verwendet, ob und welche Einflussmöglichkeiten die Politik noch besitzt, dem entgegenzusteuern.

Wir wollen nicht die Freizügigkeit der Wohnungswahl in Frage stellen. Uns ist bekannt, dass Münchens Einwohnerzahl steigen wird. Auch halten wir Verdichtung als solche nicht für schlecht. Denn Verdichtung kann mit städtischer Lebensqualität durchaus vereinbar sein, wenn sie am richtigen Ort und bei guter räumlicher und baulicher Gestaltung stattfindet. Allerdings liegt die Stadtpolitik falsch, wenn sie die Begrenzung des Zuzugs von Gewerbe als Thema tabuisiert und so tut, als sei (mittlerweile) ungesundes Wachstum ein Sachzwang und nicht der eigene Wunsch.

Fast jede zehnte Mietwohnung in Deutschland steht leer – vor allem im Westen, Norden und Osten unserer Republik. Im Großraum München wird jedoch weiter mit Hochdruck gebaut – denn die hohe Standortgunst zieht die Menschen hier her. Das führt zwangsläufig zu immer mehr Flächenverbrauch und – innerhalb der Stadt München – zu übermäßiger Verdichtung. Denn die Stadtpolitik sucht einen Ausweg in der Überbauung von Grünflächen und in der Aufstockung von Gebäuden („Flucht nach oben“).

Keine deutsche Stadt ist für Millionen Menschen so attraktiv wie München. Noch ist die Lebensqualität Münchens sehr hoch – unter anderem deswegen, weil es hier noch schöne Grünflächen gibt und die Gebäude noch nicht in den Himmel gewachsen sind.

Allerdings sind die Mieten inzwischen so hoch, dass sich ein Normalverdiener kaum noch eine Wohnung leisten kann. Obwohl die weitere Bebauung Münchens bereits an die Grenzen des Siedlungsraums stößt, werden weiterhin Firmen nach München gelockt – und diese brauchen nicht nur Gewerbeflächen, sondern ihre Beschäftigten brauchen Wohnungen. So wird der Wohnungsmarkt zusätzlich angeheizt – durch den Zuzug von Menschen, die nicht freiwillig kommen, sondern ihrem Arbeitsplatz folgen. Es sei nochmals betont, dass wir nichts gegen einen freiwilligen Zuzug nach München haben. In diesem Zusammenhang sehen wir Wohnungsbau selbstverständlich als notwendig an – im Gegensatz zur Gewerbeflächenausweisung.

Bekanntlich werden in München und im Umland in einem mittlerweile massiven Wettbewerb (siehe Unterschleißheim, Aschheim, Feldkirchen) zu Lasten angrenzender Kommunen, aber auch anderer Regionen nicht nur neue Gewerbegebiete ausgewiesen und weltweit Unternehmen umworben, damit sie ihren Standort nach München verlegen. Auch sonst noch wird auf alle erdenkliche Weise versucht, Arbeitskräfte nach München zu locken - und damit zugleich den Wohnungsmarkt im Interesse allein der Immobilienwirtschaft weiter anzuheizen. Die Bewerbung um die Olympischen Spiele und die Befürwortung einer dritten Startbahn im Großraum München sind Beispiele dafür, wie mit allen Mitteln ein Wachstum

angestrebt wird, dessen negative Auswirkungen eigentlich inzwischen jedem nicht verbohrt Wachstumsfanatiker offensichtlich sind.

Das leider weit verbreitete Glaubensbekenntnis, ein gebremstes Wachstum bedeute ein „Aus für die Münchner Entwicklung“, teilen wir nicht. Sonst müsste dieser „Stillstand“ oder „Rückschritt“ bereits mehrfach eingetreten sein: nach dem Aus für den Transrapid, Olympia oder den Autobahn-Südring. Jedesmal wurde im Vorfeld von den verheerenden Folgen für München bei einem Scheitern dieser Projekte gesprochen – nichts davon ist eingetreten. Der längst überholte Fortschrittsbegriff des quantitativen Wachstums scheint in der Münchner Stadtpolitik immer noch Konjunktur zu haben.

In naher Zukunft wird nach offiziellen Prognosen allein in der Stadt München die Bevölkerung um 150 000 Personen anwachsen. Und wie reagiert die Stadt darauf? Die Stadtpolitik fördert den weiteren Zuzug nach München durch Ausweisung weiterer Gewerbeflächen, um Firmen aus anderen Teilen Deutschlands und Europas nach München zu ziehen. Gleichzeitig leiden andere Städte unter dem Verlust von Arbeitsplätzen.

Uns ist bekannt, dass es unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoller ist, wenn viele Menschen konzentriert in Zentren leben als verteilt über das Land. Das bedeutet jedoch nicht, alles auf ein einziges Riesenzentrum zu konzentrieren. Sonnvoll sind vielmehr Mittel- und Groß-, aber auch Kleinzentren, die Wohnen und Arbeiten bündeln und an regionale Strukturen, Potentiale und Bedürfnisse angepasst sind. München kann ein Teil dieser Konzentration, die bereits überall festzustellen ist, sein. Derzeit versucht München jedoch, zu Lasten anderer Regionen und vor allem zu Lasten seiner Bürgerinnen und Bürger alle Kräfte ausschließlich in und um München zu bündeln. Einer sinnvollen Konzentration von Strukturen in und um München steht niemand ablehnend gegenüber.

Dies zu erreichen ist jedoch nur mit Augenmaß möglich, nur mit Bedacht und der nötigen Zeit für eine sinnvolle, Grünflächen erhaltende und eine maßvolle Verdichtung berücksichtigende Stadtplanung. Vor allem notwendig ist ein weit überregionaler Konsens. Solange dieser nicht gegeben ist, macht es keinen Sinn, den Konkurrenzkampf zwischen Kommunen und ganzen Regionen durch die überflüssige Ausweisung von Gewerbegebieten und ohne gemeinsames Zukunftskonzept weiter anzuheizen. Für die Versorgung der Bevölkerung tatsächlich notwendig sind diese Gewerbeflächen zudem nicht.

Wir wollen keine übermäßige und forcierte Verdichtung. Wir wehren uns gegen den weiteren Verlust von Grünflächen, gegen immer weiter steigende Mieten, immer mehr Hochhäuser und immer mehr motorisierten Verkehr. Das ist keine zukunftsfähige Entwicklung. **Der Verzicht auf Gegensteuerung und – mehr noch - das bewusste und ungebremste Forcieren von zerstörerischem Wachstum ist keine verantwortungsvolle Politik!** Denn mit einer solchen Politik wird die bisher noch hohe Lebensqualität unserer Stadt und ihres Umlands aufs Spiel gesetzt.